

Forum für Migrantinnen und Migranten in Kiel

Protokoll der Sitzung am 4. April 2017

17.00 Uhr Magistratssaal

Die Sitzung wird von Dursiye Aytekin geleitet.

Top 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Dursiye Aytekin begrüßt die Mitglieder und Gäste des Forums, insbesondere Frau Restle und Herrn Emen vom Feuerwehrprojekt sowie Frau Reiß und Frau Sievers von der Zuwanderungsabteilung.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Top 2: Genehmigung der Tagesordnung

Frau Aytekin schlägt einen Einschub im Anschluss an Top 8 vor. Reinhard Pohl hat den Top „Landtagswahl-Programme der Parteien zu Integration und Migration“ vorbereitet. Dies wird begrüßt. Die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich dadurch. Es gibt keine weiteren Änderungen der Tagesordnung.

Top 3: Protokoll der Sitzung am 7. Februar 2017

Es gibt keine Änderungswünsche. Das Protokoll ist damit genehmigt und der Protokollführung ein Dank ausgesprochen.

Top 4: Termine

- **Sonntags, Rathausplatz** (30.4. und 7.5. Platz der Matrosen), **14 – 15 Uhr: „Pulse of Europe“ – Demonstration für Europa.**
Wilfried Saust wirbt für die regelmäßig in Kiel stattfindende Demo. Ziel sei, dass sich die sonst schweigende Mehrheit für etwas – für Europa – engagiere.
- **18. April, 18.00 Uhr, ZBBS, Sophienblatt 64a: „Staaten zerfallen – Kurdistan entsteht“.**
Eine Infoveranstaltung des Flüchtlingsrates. Bitte anmelden! Die Einladung ist bereits über das Referat für Migration verschickt worden.
- **18. – 20. April, Fachhochschule Kiel: Infotage zu den Studiengängen an der FH**
- **3. – 4. Juni, ab 19.00 Uhr, Hiroshimapark: Iftar-Fest.** Ibrahim Yazici von der Schura – Islamische Religionsgemeinschaft Schleswig-Holstein kündigt das Iftar-Fest während des Fastenmonats Ramadan an. Er erinnert an das Fest vor 5 Jahren in Gaarden im Rahmen des Interreligiösen Dialogs. Seit 2 Jahren findet das Fest im Hiroshimapark statt an mehreren Tagen und mit einem umfangreichen Programm. Überlegt wird zurzeit ein Gottesdienst mit Kirchengemeinden am Vormittag. Es gibt noch Raum für weitere Vereine und Aktivitäten, es müssen keine islamischen Vereine sein.

Eine schriftliche Information wird verteilt.

Top 5: Aktuelle Themen – Austausch und weitere Schritte

a. Stellungnahme des Forums zu Geflüchteten mit subsidiärem Schutz in Schule und Ausbildung

Der Entwurf wurde im Nachversand zur Tagesordnung an die Forumsmitglieder verschickt. Die Vorsitzende erklärt, dass die in der letzten Sitzung vorgelegten Entwürfe miteinander verknüpft wurden. Reinhard Pohl fasst die wesentlichen Punkte zusammen. Frau Siebke dankt für die gute Vorarbeit. Die vorliegende Stellungnahme wird ohne Gegenstimmen mit einer Enthaltung beschlossen und soll an die Ratsmitglieder verschickt werden.

b. Aktuelle Themen der Mitglieder

Es werden keine Themen benannt.

Top 6: Berichte aus Arbeitskreisen, Ausschüssen und Beiräten

a. Junger Rat

Der Bericht entfällt.

b. AK Räume

Dieter Valiev kündigt einen ausführlichen Bericht in der Mai-Sitzung an. Das Schreiben des Forums an die Immobilienwirtschaft bezüglich der ehemaligen Fröbelschule ist abgeschickt. Eine Antwort liegt noch nicht vor.

c. AK Öffentlichkeitsarbeit

Dursiye Aytekin berichtet, dass zurzeit die Webseite aktualisiert wird.

Weitere Berichte gibt es nicht.

Top 7: Mehr „Wir“ in der Wehr

Christiane Restle und Izzettin Emen stellen das Feuerwehrprojekt der Türkischen Gemeinde vor. Herr Emen berichtet, dass in Deutschland 98 % der Menschen ehrenamtlich in den Feuerwehren arbeiten. Der Anteil von Migrant/innen dort beträgt nur 1 % gegenüber 20 % in der Gesamtbevölkerung. Er erklärt das geringe Interesse vor allem damit, dass viele Migrant/innen nicht wissen, dass es hier die Freiwillige Feuerwehr gibt. Dies sei ihnen aus ihren Herkunftsländern nicht bekannt. Hinzu komme, dass die Schwellenängste groß seien und die Feuerwehren als „geschlossene Gesellschaften“ empfunden würden. Ziel des Projektes sei, zu informieren und zu motivieren, sich in den Feuerwehren zu engagieren.

Sie versuchen mit dem Projekt, Migrantorganisationen und Feuerwehren miteinander zu verknüpfen und Partnerschaften zu organisieren. Etwa 10 bis 12 Vereine sind inzwischen angesprochen worden, darunter auch Moscheen in Gaarden und Diedrichsdorf. Wenn es Bedarf an Sprachmittlung gibt, versuchen sie dies über bereits vorhandene Kontakte zu lösen. Sie bieten sich gern an, in Migrantvereine zu kommen und zu informieren. Sie haben festgestellt, dass die Migrantorganisationen gern über das Projekt und nicht direkt mit den Feuerwehren in Kontakt kommen möchten. Auf Seiten der Feuerwehr sei auf Grund der hierarchischen Strukturen ein direkter Kontakt schwierig.

Ben Diogu dankt für den Bericht. Das Forum sei ein guter Ort, viele Vereine zu erreichen. Waltraut Siebke erinnert daran, dass es in den 90er Jahren keine Frauen in den Feuerwehren gab und es Erstaunen hervorrief, wenn sie dies gefordert habe. Die Mitarbeiter/innen in dem Projekt sollten sich durch Hierarchie und konservatives Denken nicht entmutigen lassen.

Frau Reiß bietet an, dass sie in der Zuwanderungsabteilung die Flyer auslegen könnten. Hier werden Menschen aus vielen Ländern erreicht.

Der Vorstand dankt für die Informationen. Die Präsentation und Flyer in Deutsch, Englisch und Türkisch werden ans Protokoll gehängt.

Top 8: Die Zuwanderungsabteilung (Immigration Office) der Landeshauptstadt Kiel

Die Leiterin Petra Reiß und ihre Vertreterin Sabrina Sievers stellen zunächst die 4 Sachbereiche der Zuwanderungsabteilung vor.

1. Allgemeinde Aufenthaltsangelegenheiten
2. Staatsangehörigkeitsangelegenheiten und Einbürgerungen
3. Familienzusammenführung und Asylangelegenheiten
4. Rückkehr und aufenthaltsbeendende Maßnahmen

Der Bereich Einbürgerung ist in den alten Räumen in der Fabrikstraße verblieben, die anderen Bereiche sind umgezogen ins Sophienblatt 12. Die geplante Zusammenarbeit mit der Migrationsberatung kann zurzeit nicht umgesetzt werden, da zu wenig Räume vorhanden seien. Zum Personalstand berichtet Frau Reiß, dass den 21 Sachbearbeiter/innen-Stellen in 2016 aktuell 43 Stellen gegenüberstehen. Einige davon seien nicht besetzt, die Fluktuation stelle weiterhin ein Problem dar. Außerdem sei es schwierig, fachliches Personal zu finden. Sie hoffen, dass die vakanten Stellen schnell wiederbesetzt werden können und weitere genehmigt werden. Frau Reiß weist darauf hin, dass auch das Personal im Empfangsbereich aufgestockt worden sei und hier während der Sprechzeiten auch in Kurdisch, Arabisch und Englisch weitergeholfen werden könne. Selbst Übersetzungsprogramme im Internet können bei der Verständigung helfen. In englischer Sprache können die Gespräche mit fast jeder/m Mitarbeiter/in geführt werden.

Die aktuellen Wartezeiten seien zurzeit sehr unterschiedlich. Menschen mit einem Aufenthaltstitel werden automatisch angeschrieben und eingeladen. Ansonsten werde nach Dringlichkeit verfahren. Wenn man zu einem Termin vorspreche, werde meist schon der nächste Termin genannt. Auch hier stelle aber die Fluktuation der Mitarbeitenden ein Problem dar. Frau Reiß bittet darum, bei Angaben am Telefon oder per Mail auf die exakten Vor- und Nachnamen zu achten, damit die Vorgänge schnell gefunden werden können. Außerdem bittet sie dringend, nach einem Umzug die neue Adresse anzugeben und Namensschilder an der Tür anzubringen, damit schriftliche Einladungen auch ankommen. Es gebe viele Rückläufe.

Elias Elsler vom Flüchtlingsrat berichtet, dass es weiterhin lange Wartezeiten von bis zu 6 Monaten im Flüchtlingsbereich gebe. Es habe zwischenzeitlich nur eine kurze Besserung gegeben. Reinhard Pohl weist auf die Problematik von ablaufenden Aufenthaltsgenehmigungen oder fehlenden Arbeitsgenehmigungen hin. Dies könne schwerwiegende Folgen haben. Frau Sievers und Frau Stadelmann (Flüchtlingskoordinatorin im Referat für Migration) erklären vereinbarte Verfahren in diesen Angelegenheiten. Wenn für einen konkreten Arbeits- oder Ausbildungsvertrag nur noch die Arbeitsgenehmigung fehlt, kann dies über Frau Stadelmann oder Frau Zentner direkt mit Frau Sievers geregelt werden. Es soll dringend vermieden werden, dass Chancen auf sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren gehen.

Daneben gibt es für besonders dringende Angelegenheiten eine E-Mail-Adresse, die von den Migrationsberatungsstellen angeschrieben werden kann. Dies ist dort bekannt. Frau Reiß weist auch darauf hin, dass Terminbuchungen bei der Zuwanderungsabteilung bei ablaufenden Aufenthaltstiteln eine Fiktionswirkung haben.

Reinhard Pohl schlägt einen regelmäßigen Austausch zwischen den Beratungsstellen und der Zuwanderungsabteilung vor, bei dem die Fragen gebündelt und Verfahrensweisen abgesprochen werden. Birgit Lawrenz bespricht dies mit dem Runden Tisch Migrationsberatung, bei dem auch die Zuwanderungsabteilung vertreten ist. Elias Elsler weist auf das Konzept des Innenministeriums zur Migrationsberatung Schleswig-Holstein (MBSH) hin, in dem eine enge Zusammenarbeit zwischen Migrationsberatung und Zuwanderungsabteilungen gefordert wird.

Reinhard Pohl hat bei Infoveranstaltungen zu den Fluchtländern festgestellt, dass viele Fragen gestellt werden, die von der Zuwanderungsabteilung beantwortet werden können. Es sei sehr hilfreich, wenn diese dabei wäre. Da diese Veranstaltungen durch Dolmetscher/innen begleitet würden, könnten die Fragen direkt geklärt werden und viele Interessierte könnten so gleichzeitig informiert werden.

Zur Frage nach Einbürgerungsfeiern berichtet Frau Reiß, dass sie wieder in einem festlichen Rahmen und ein-bis zweimal im Jahr stattfinden sollen. Problem sei, dass den meisten Menschen eine schnelle Übergabe der Urkunde wichtig sei. Die Kolleg/innen seien aber auch jetzt bemüht, die Übergabe der Urkunde nett zu gestalten.

Ben Diogu lobt die Arbeit der Zuwanderungsabteilung, er habe gute Erfahrungen gemacht. Im Vergleich zur Situation vor noch wenigen Jahren habe sich sehr vieles gebessert. Die Ansprüche heute seien hoch. Dursiye Aytekin dankt Frau Reiß und Frau Sievers und wünscht viel Erfolg bei der weiteren Stellenbesetzung.

Top 9: Landtagswahl-Programme der Parteien zu Integration und Migration

Reinhard Pohl hat die Programme von insgesamt 8 Parteien (CDU, SPD, Grüne, FDP, SSW, Die Linke, Piratenpartei, AfD) auf die Inhalte Integration und Migration durchforstet und die Ergebnisse zusammengefasst. Vieles sei bundesweit für die Parteien festgelegt, daher sei der Spielraum auf Landesebene eingeschränkt. Alle Programme sind im Internet zu finden. Die Zusammenfassung von Reinhard Pohl ist dem Protokoll beigelegt.

Top 10: Bericht des Vorstands und der Geschäftsführung

a. Veranstaltungen der Internationalen Wochen gegen Rassismus

Drei Veranstaltungen haben in der Zeit vom 14. bis 23. März stattgefunden. Beim Themenabend im Rathaus hätten sich die Veranstalter/innen mehr Publikum gewünscht, etwa 40 Besucher/innen waren dort, der Comic-Workshop am 17. März in den Räumen der Türkischen Gemeinde hat mit 15 Zeichnerinnen und Zeichnern die Erwartungen erfüllt. Die Ergebnisse sind auf einem gemeinsamen Blatt zusammengefasst worden. Die Podiumsdiskussion am 23. März in der Alevitischen Gemeinde war mit ca. 80 Besucher/innen gut besucht. Hier wurde die Frage „Wer ist das Wir“ lebhaft diskutiert.

Dieter Valiev kündigt für die diesjährigen Interkulturellen Wochen an, dass das Forum sich wie im letzten Jahr bei dem Interkulturellen Kaffeeklatsch im Vinetazentrum beteiligt. Es können noch Anträge für die IW im Referat für Migration gestellt werden.

b. Vorstandswahl in der Mai-Sitzung

Auf Grund der Vorstandswahl sind keine weiteren größeren Schwerpunktthemen vorgesehen. Bis jetzt ist für die Tagesordnung die Vorhabenliste des Forums für 2017 geplant sowie ein Bericht aus dem AK Räume mit dem Entwurf eines Erhebungsbogens.

Top 11: Mitgliederänderungen

Für die Isfa ist Frau Brigitte Theuer ausgeschieden. Antje Klein bleibt weiterhin im Forum.

Top 12: Sonstiges

- Birgit Lawrenz bittet die Mitglieder, sich unbedingt in die Anwesenheitsliste für Mitglieder einzutragen, nicht für Gäste. Die Teilnahme an den Sitzungen wird regelmäßig vermerkt, bei einem Eintrag in der Gästeliste könnte das verlorengehen.
- Wilfried Saust kündigt an, dass er mit der Leiterin des nettekieler Ehrenamtsbüros ein Gespräch führen wird. Es soll geklärt werden, ob Ehrenamtliche, wie die Forumsmitglieder, über die Ehrenamtskarte kostenlos parken können.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18:50 Uhr.

Birgit Lawrenz

Parteien zu Migration, Flucht & Asyl

2015 kamen so viele Flüchtlinge wie nie nach Schleswig-Holstein: Mehr als 35.000 Flüchtlinge fanden hier Sicherheit, die meisten von ihnen auch eine neue Heimat. 2016 kamen noch einmal fast 10.000 Flüchtlinge dazu. Alle Parteien im Landtag sprachen sich grundsätzlich für die humanitäre Aufnahme und die Integration aus, unterschiedliche Meinungen gab es bei konkreten Einzelheiten und der Strenge bei Abschiebungen nach Ablehnung eines Asylantrags, wenn die Betroffenen trotz Aufforderung nicht ausreisen.

In den Programmen zur Landtagswahl erkennt man, dass die grundsätzlichen Fragen geklärt sind (außer bei der AfD): Deutschland ist ein Einwanderungsland, Flüchtlinge müssen aufgenommen werden, Integration ist eine wichtige Staatsaufgabe.

Bei den Programmen ist zu beachten: Es gibt auch Programmteile zur Schule, zum Wohnungsbau, zu Gewalt gegen Frauen und anderen Punkten, in denen auch Maßnahmen geplant oder angekündigt werden, die unter anderem Flüchtlingen zugute kommen. Die folgende Übersicht ist also wirklich nur eine Übersicht und nicht vollständig. Alle Programme sind im Internet zu finden. Und das schreiben die Parteien zur Landtagswahl in ihren Programmen:

CDU

Die CDU bekennt sich zur Aufnahme von Flüchtlingen, will aber nicht Flüchtlinge aus „sicheren Herkunftsstaaten“ aufnehmen, die sich hier eine bessere Lebensperspektive erhoffen. Die Ankunftszentren sollen zu „Landeskompetenzzentren“ weiterentwickelt werden. Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive sollen hier sechs Wochen bleiben, hier sollen auch ihre Ausbildungen und Kompetenzen festgestellt und anerkannt werden.

Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive sollen bis zur Ausreise in der Landesunterbringung bleiben. Es soll ein „zentrales Management Rückführungen“ geben, außerdem Abschiebungshaft und keine (Winter-)Abschiebungsstopps.

Kriminelle Ausländer sollen in Zukunft direkt nach der Verurteilung abgeschoben werden. Bisher müssen sie zunächst mindestens die Hälfte der Freiheitsstrafe verbüßen.

Asylverfahren sollen beschleunigt werden, auch durch mehr Richter am Verwaltungsgericht. Es soll ein Landesintegrationsgesetz geben, das Fördermaßnahmen und Sanktionen regelt. Sprachkurse soll es für alle ab dem ersten Tag geben. Der DaZ-Unterricht soll verbessert werden, Religionskunde soll auch im Gemeinschaftsunterricht vorkommen.

Junge Flüchtlinge sollen in die Berufsschule gehen dürfen, bis sie 27 Jahre alt sind. Die Berufsaussichten für alle sollen vor der Verteilung in die Kommunen geklärt werden. Im Ausland begonnene Ausbildungen oder Studien sollen hier anerkannt werden, damit sie hier fortgesetzt werden können.

SPD

Die SPD verzichtet auf ein eigenes Kapitel zu Flucht oder Integration im Programm, behandelt das Thema aber bei anderen Punkten mit. Der Flüchtlingspakt soll fortgesetzt werden, insbesondere sollen die Kommunen bei Unterbringung und Integration unterstützt werden. Asylverfahren sollen beschleunigt werden, auch durch mehr Richter am Verwaltungsgericht. Zusätzlich soll das Thema Asyl und Integration im juristischen Studium vorkommen.

Der Wohnungsbau in den Kommunen soll gefördert werden, damit Flüchtlinge und alle anderen bezahlbaren Wohnraum finden. Aus den Koordinierungsstellen für die Flüchtlingsaufnahme sollen Integrationsbeauftragte werden. Sprachkurse sollen unabhängig von der Bleibeperspektive angeboten werden.

Das Wahlrecht für Beiräte soll nicht mehr an die Staatsangehörigkeit gebunden sein. Die Beratung soll ausgebaut werden, es sollen mehr Einwanderer in den öffentlichen Dienst.

Der DaZ-Unterricht soll stärker gefördert werden, auch durch den Ausbau der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern auf der Uni. Bei der Gewaltprävention und Frauenhäusern will die SPD für geflüchtete Frauen Dolmetscherinnen bezahlen.

Grüne

Bei den Grünen ist der Programmabschnitt über Flucht und Integration mehr als drei Seiten lang. Sie wollen die Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge aufnehmen und den tausendfachen Tod an der Grenze bekämpfen. Asylanträge sollen fair geprüft werden, ohne eine vorherige Festlegung im Sinne von

„sicheren Herkunftsländern“. Es soll eine Beschwerdemöglichkeit für Flüchtlinge geben, die in Flüchtlingsheimen leben.

Auf Bundesebene wird ein Einwanderungsgesetz verlangt. Nächtliche Abschiebungen werden genauso abgelehnt wie Abschiebungshaft und Abschiebungen im Winter. Die Grünen fordern eine unabhängige Rückkehrberatung und wollen keine Ausreisezentren.

Für die Integration wollen sie flächendeckende Sprachkurse und Integrationskurse für alle von Anfang an. Für die Organisation all dieser Maßnahmen soll es ein Integrationsministerium geben.

FDP

Die FDP setzt sich für einen schnelleren und besseren Zugang von Flüchtlingen zu Sprache, Ausbildung und Arbeit ein und will die Unabhängigkeit von staatlicher Hilfe fördern. Alle Zuwanderer, auch Flüchtlinge, sollen zum Besuch von Sprachkursen verpflichtet sein. Wer unregelmäßig hingehht, soll für den Kurs bezahlen.

Es soll auch eine verpflichtete Bildung für Eltern geben, damit sie das Schulsystem und das vorschulische System kennen. Die FDP wendet sich gegen die Isolation von Frauen und Mädchen in der Familie und gegen Parallelstrukturen.

Wer ausreisepflichtig ist, soll konsequent abgeschoben werden. Das soll das Innenministerium organisieren, nicht die einzelne Ausländerbehörde.

Die FDP will ein modernes Einwanderungsgesetz nach kanadischen Vorbild, im Ausland Talente anwerben und ausländische Ausbildungen und Abschlüsse schneller anerkennen.

SSW

Der SSW fordert ein Landesintegrationsministerium. Ausländische Abschlüsse sollen schneller anerkannt werden. Die Arbeitsvermittlung soll schneller werden, ebenso der Zugang zu Bildungsangeboten und zum DaZ-Unterricht. Flächendeckend sollen kommunale Ausländerbeiräte eingerichtet werden.

Es soll eine großzügigere Bleiberechtsregelung aus humanitären Gründen geben, ebenso mehr Deutschkurse für Flüchtlinge.

Ein runder Tisch soll für den kulturellen Austausch sorgen. Außerdem will der SSW eine Islamkonferenz auf Landesebene.

Die Linke

Generell fordert die Linke die Wiederherstellung des Grundrechtes auf Asyl und die Rücknahme aller Verschärfungen. Geflüchtete sollen nicht in Flüchtlingsheimen, sondern in Wohnungen wohnen. In den Landesunterkünften soll es eine Verfahrensberatung von externen BeraterInnen geben.

Die Versorgung von Geflüchteten soll auch in den Psychatrieplan des Landes aufgenommen werden. Bei der Diagnose einer „posttraumatischen Belastungsstörung“ soll es eine Aufenthaltssicherung von mindestens sechs Monaten für die Behandlung geben.

Alle Geflüchteten sollen nicht nur Zugang zu Sprach- und Integrationskursen, sondern auch zu Berufsausbildungen und Arbeitsplätzen erhalten. Für alle Kinder von Geflüchteten soll es Kitaplätze geben. Abschiebungen lehnt die Linke ab.

Gefordert wird ein Landesintegrationsbeirat, der von allen Einwohnerinnen und Einwohnern ohne deutsche Staatsangehörigkeit gewählt wird. Außerdem soll das Wahlrecht für alle eingeführt werden (durch Grundgesetz-Änderung).

Die Fluchtursachen sollen unter anderem durch einen Stopp der Rüstungsexporte und durch ein Ende der Auslandseinsätze der Bundeswehr beseitigt werden.

Piratenpartei

Die Piraten treten für ein weltoffenes Schleswig-Holstein ein, in der allen Flüchtlingen geholfen wird, die Hilfe brauchen. Außerdem fordern sie Grenzen ohne Kontrollen.

AfD

Die AfD tritt für „unsere Art zu leben“ ein. Nur politische Verfolgte und Kriegsflüchtlinge sollen nach Deutschland gelassen werden, aber sie sollen sich hier nur auf Zeit aufhalten und nicht einwandern. Asylberechtigte sollen außerdem auf ganz Europa verteilt werden. Kriminelle und extremistische Asylbewerber sollen schnell abgeschoben werden. Wer über einen anderen Staat der EU einreist, soll schon an der Grenze zurückgeschickt werden.

Asylanträge sollen in Zukunft ausschließlich in der deutschen Botschaft oder in einem Auffangzentrum außerhalb der EU gestellt werden dürfen. Alle Asylanträge, die gestellt werden, ohne einen Pass vorzulegen, sollen innerhalb von 48 Stunden abgelehnt werden, ebenso alle Asylanträge aus „sicheren Herkunftsländern“.

Flüchtlinge halten sich fast nie an deutsche Gesetze und reisen fast nie aus, wenn der Asylantrag abgelehnt wird. Deshalb sollen sie umgehend abgeschoben werden, die Landesregierung soll die zuständigen Behörden dabei unterstützen, was bisher nicht geschieht. Außerdem sollen sich Behörden nicht mehr erpressen lassen, sondern geltendes Recht umsetzen. Kirchenasyl soll nicht weiter geduldet werden.

Die Landesregierung soll regelmäßig die Kosten der Integration, der Abschiebungen, der Ausländerkriminalität und der Integrationserfolge veröffentlichen, außerdem alle Zahlungen an Hilfsorganisationen. Außerdem sollen die hohen Sozialleistungen, die medizinische Spitzenversorgung, die kostenlosen Sprach- und Integrationskurse, die Bewegungsfreiheit und die Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge abgeschafft werden.

Ob ein Flüchtlingsheim eingerichtet wird, soll von der Zustimmung der Anwohnerinnen und Anwohner abhängen. Die Einbürgerung durch Geburt oder nach einigen Jahren Aufenthalt soll abgeschafft werden, ebenso die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit. Außerdem soll die Verhüllung verboten werden. Der Regierung soll verboten werden, zur Unterbringung von Flüchtlingen private Immobilien zu beschlagnahmen oder Flüchtlinge zwangsweise in Wohnung einzuquartieren.

Reinhard Pohl
reinhard.pohl@gegenwind.info

 Mehr "WIR"
in der Wehr 

Das Feuerwehrprojekt

Freiwillige Feuerwehr

- zwei Drittel aller Einsätze werden von Freiwilligen bewältigt – FF als wichtige Säule des Notfall-/Katastrophenschutzsystems
- gleiche Grundausbildung für alle Feuerwehrleute - freiwillig und hauptberuflich (Rettung und Bergung, EH, Brandbekämpfung, technische Hilfe, etc.)

Anzahl der Feuerwehrangehörigen in Deutschland (2013)

30.502 Mitglieder in Berufsfeuerwehren
+ 1.008.133 in **Freiwilligen Feuerwehren**
+ 245.351 in **Jugendfeuerwehren**
+ 32.542 in Werksfeuerwehren

= **1.316.528** Menschen in Feuerwehren

= **98%** sind freiwillig engagiert

Problembeschreibung

- In Deutschland hat jede fünfte Person einen Migrationshintergrund!
- Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Feuerwehren liegt bei nur einem Prozent!

Warum...?

...gibt es nur wenige Migrant_innen in der Freiwilligen Feuerwehr?

- Informationsdefizit
- im Heimatland oft keine „freiwillige“, sondern nur eine Berufsfeuerwehr!
- Hemmungen und Ängste:
 - Angst vor Fremdheitsgefühl!
 - Angst vor Diskriminierung!
 - FF kann von außen geschlossen wirken

...werden Migrant_innen in der Freiwilligen Feuerwehr gebraucht?

- besserer Brandschutz für alle
- Erhalt der Feuerwehren gesichert
- gesellschaftliche Vielfalt auch in der Feuerwehr

Ziele

Menschen mit Migrationshintergrund!
(Hauptzielgruppe)

→ Informieren und motivieren der Migrant_innen



Ziele

Haupt- und ehrenamtlich Tätige bei den Feuerwehren!
(Nebenzielgruppe)

→ Freiwillige Feuerwehren auf das Engagement
vielfältiger Bevölkerungsgruppen vorbereiten



Ziele

Engere Kontakte und Zusammenarbeit zwischen
Feuerwehren und Migrantenorganisationen fördern

→ Partnerschaften zwischen Freiwilligen Feuerwehren
und Migrantenorganisationen initiieren



Freiwillige Feuerwehr Glinde



+?

Rahmendaten

- Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (BMI)
- Projektlaufzeit :
September 2016 – Juni 2018
- Kooperationspartner: Landesfeuerwehrverband SH
- Ansprechpartner_innen :
Christiane Restle, Izzettin Emen



Fragen?



Kontakt

Tel.: 0431 364 1722

Mail: feuerwehr@tgsh.de

Facebook:

[https://www.facebook.com/
MehrWIRinderWehr/](https://www.facebook.com/MehrWIRinderWehr/)

Integration fördern!

Flüchtlinge besser fördern!

Im Jahre 2016 wurde über ungefähr 700.000 Asylanträge entschieden. Rund 250.000 AntragstellerInnen wurden als Flüchtling anerkannt, rund 150.000 Antragsteller als „subsidiär Geschützte“ (Kriegsflüchtlinge).

In der Bildung und Ausbildung gelten für sie unterschiedliche Bestimmungen. Während anerkannte Flüchtlinge ähnliche Möglichkeiten wie Deutsche haben, gelten für „subsidiär Geschützte“ Wartezeiten, außerdem wird danach unterschieden, ob und wie lange die Eltern in Deutschland berufstätig waren oder sind.

Noch schlechter dran sind diejenigen, die noch im Verfahren sind und auf eine Entscheidung warten, sowie diejenigen, deren Antrag abgelehnt wurde oder die nur einen Abschiebungsschutz erhalten haben.

Insbesondere für Schulen, Berufsschulen und Ausbildungsbetriebe bedeutet das einen hohen Aufwand: Sie müssen den Aufenthaltsstatus und die geltenden Fristen recherchieren, oft wiederholt Anträge stellen oder bei Anträgen helfen. Die jungen Menschen beginnen eine Ausbildung, müssen wieder abbrechen, fangen erneut an. Sie werden in die Berufsschule aufgenommen, müssen sie aber vielleicht kurz danach ohne Abschluss wieder verlassen.

Das „Forum für Migrantinnen und Migranten der Landeshauptstadt Kiel“ setzt sich dafür ein, dass alle Geflüchteten in Schule und Ausbildung gleich behandelt werden. Für die Schulen und Ausbildungsstätten ist der bürokratische Aufwand nicht zumutbar. Und allen, uns und den Flüchtlingen, ist am besten geholfen, wenn alle so schnell wie möglich einen Schulabschluss erreichen und eine Ausbildung bestehen. Je schneller und reibungsloser die Integration verläuft, desto besser ist es für uns alle.

Familienzusammenführung

2016 wurde für „subsidiär Geschützte“ das Recht auf Familiennachzug bis Mitte März 2018 ausgesetzt. Viele bangen seitdem um ihre Familienangehörigen, die bis zum Zeitpunkt der Visumerteilung im Kriegsgebiet oder in unsicheren Transitländern ausharren müssen. Die hier lebenden Angehörigen machen sich Sorgen, geben viel Geld für die tägliche Kontaktaufnahme aus oder planen, die Familienangehörigen auf anderem Wege nach Deutschland zu holen.

Das „Forum für Migrantinnen und Migranten der Landeshauptstadt Kiel“ setzt sich dafür ein, dass der Familiennachzug so schnell wie möglich erlaubt wird. Die hier lebenden Angehörigen benötigen diese Sicherheit genauso

wie die nachziehenden Familienangehörigen. Je schneller die durch die Flucht zerrissenen Familien wieder vereinigt und in Sicherheit sind, desto schneller gelingt die Integration und der Aufbau des neuen Lebens.

Wohnungssuche

Für alle, die wenig Geld haben, ist es schwer, eine Wohnung in Kiel zu finden. Flüchtlinge sind außerdem benachteiligt, weil sie während des Asylverfahrens nicht umziehen dürfen und auch nach Erhalt eines Bleiberechtes für drei Jahre eine Wohnsitzauflage erhalten.

Das „Forum für Migrantinnen und Migranten der Landeshauptstadt Kiel“ setzt sich dafür ein, den Wohnungsbau zu fördern, möglichst in enger Zusammenarbeit zwischen Kiel und dem Umland.

Integrationskurse

Die meisten Geflüchteten dürfen sich erst nach der positiven Entscheidung über den Asylantrag zum Integrationskurs anmelden. Geflüchtete aus fünf Staaten (Syrien, Irak, Iran, Somalia, Eritrea) dürfen auch während des Asylverfahrens eine Zulassung zum Integrationskurs beantragen. Das kann zu Neid in den Einrichtungen führen und ist ungerecht. Außerdem verzögert es die Integration, Geflüchtete müssen oft jahrelang Sozialleistungen beziehen, weil sie ohne Deutschkenntnisse weder eine Ausbildung starten noch einen Arbeitsplatz finden können.

Das „Forum für Migrantinnen und Migranten der Landeshauptstadt Kiel“ setzt sich dafür ein, dass alle Geflüchteten einen Platz im Integrationskurs erhalten.

Unbegleitete Minderjährige

Jugendliche, die ohne Eltern ankommen, brauchen mehr Unterstützung, Beratung und Hilfe. Sie haben im Asylverfahren schlechtere Chancen, da sie das Herkunftsland oft verlassen, bevor eine Verfolgung einsetzt. Oft haben sie nur eine Chance, wenn sie einen Ausbildungsplatz finden, dann erhalten sie eine „Anspruchsduldung“ für drei Jahre und anschließend eine Aufenthaltserlaubnis für zwei Jahre.

Das „Forum für Migrantinnen und Migranten der Landeshauptstadt Kiel“ setzt sich dafür ein, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und bei der Förderung von Schule, Ausbildung und Bleiberecht großzügiger zu sein.

Kinderbetreuung

Wenn Familien nach Deutschland fliehen, sorgt der Mangel an Angeboten zur Kinderbetreuung oft dafür, dass gerade Frauen benachteiligt werden. Sie können oft Integrationskurse oder ähnliche Angebote nicht wahrnehmen, auch weil es für sie in der ersten Zeit des Aufenthalts schwerer ist, die eigenen Kinder in eine weiter entfernte Kita oder Kinderbetreuung zu geben. Sie benötigen eine Kin-

derbetreuung in der Nähe des Kurses, der Schule oder des Praktikumsplatzes.

Das „Forum für Migrantinnen und Migranten der Landeshauptstadt Kiel“ setzt sich dafür ein, die Kinderbetreuung so zu verbessern, dass Frauen gleiche Möglichkeiten haben, die Sprache und einen Beruf zu erlernen.

Schule und Berufsschule

Viele Kinder und Jugendliche kommen als „Quereinsteigerinnen“ und „Quereinsteiger“ in die Schule und Berufsschule. Sie sind älter als die einheimische MitschülerInnen. Bei der Schulpflicht (bis 16 Jahre) und in der Berufsschule (bis 18 Jahre) werden sie aber behandelt wie Einheimische. So müssen sie oft die Schule oder Berufsschule ohne Abschluss verlassen, weil sie die Altersgrenze erreicht haben.

Das „Forum für Migrantinnen und Migranten der Landeshauptstadt Kiel“ setzt sich dafür ein, allen geflüchteten Jugendlichen den Besuch der Berufsschule bis zum Alter von 27 Jahren zu ermöglichen.

Selbstorganisationen

In Kiel bilden sich zur Zeit Selbstorganisationen von Geflüchteten. Sie helfen auch neu eintreffenden Geflüchteten, sich von Anfang an besser in Kiel zurecht zu finden. Sie können auch gegenüber der Verwaltung und Selbstverwaltung Wünsche und Bedürfnisse besser artikulieren.

Das „Forum für Migrantinnen und Migranten der Landeshauptstadt Kiel“ setzt sich dafür ein, dass die Landeshauptstadt Kiel solche Selbstorganisationen unterstützt, sei es durch Beratung oder bei der Suche nach Räumlichkeiten für ihre Aktivitäten.

Das „Forum für Migrantinnen und Migranten der Landeshauptstadt Kiel“ bittet die Ratsversammlung, sich für diese Forderungen einzusetzen.